





Ihre Rückwirkung auf unsere eigene internationale Stellung ausbleibt. (Sehr richtig.) Sie hätte das Schwergewicht vermindert, das Deutschland und Oesterreich-Ungarn jetzt gemeinsam repräsentieren und das in internationalen Fragen oft von beiden Mächten gemeinsam in die Waagschale geworfen ist. Ich habe ein höfliches Wort gegen Ihre unere, Kavaliershaft gegenüber Oesterreich-Ungarn. Das Wort ist einseitig. (Sehr richtig.) Es gibt keinen Streit über den Vortritt wie zwischen den Königinnen im Abteilungen, aber die Abteilungen wollen wir aus unserer Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn nicht ausschalten. (Sehr richtig.) Die wollen wir vor aller Öffentlichkeit nicht Oesterreich-Ungarn gegenüber wahren. (Sehr richtig.) Im allen Mißverständnissen vorzubeugen, will ich hier gleich einfügen, daß ich in dieser Hinsicht auch eine eminente Friedenssicherung erblicke. (Sehr richtig.) Die Festigung des österreichisch-ungarisch-deutschen Bündnisses hat seinerzeit auf friedensliebende Elemente in Europa beruhigend eingewirkt. Die Konstatierung, daß das Bündnis inzwischen nichts von seiner Kraft eingebüßt hat, kann in gleicher Richtung nur nützlich wirken. (Sehr richtig.) Den Kritikern aber hier in der Presse und sonstwo, die uns mit dem Buchstaben des Vertrages unter die Nase fahren, denen sage ich einfach, daß hier der Buchstabe tödtet. (Sehr richtig.) Nun weiß ich wohl, daß wir Deutsche der Ueberzeugung bedürfen, an der Seite einer gerechten Sache zu stehen. Wir haben dieser Ueberzeugung oft genug Opfer gebracht, es liegt auch im deutschen Volksgemüthe, eine Sache gern deshalb für die gerechte Sache zu halten, weil sie die schwächere ist. Deshalb aber brauchen wir keine Strapaze zu haben, und sie sind meines Wissens auch niemals herangezogen. Es unterliegt für mich nicht dem mindesten Zweifel, daß Oesterreich-Ungarn in seinem Konflikt mit Serbien das Recht durchaus auf seiner Seite hat. (Sehr richtig.) Die Anzeiger der beiden Provinzen war kein jüngerer Landbesatz, sondern der letzte Schritt auf der Bahn einer seit dreißig Jahren betätigten kulturellen und wirtschaftlichen Politik. (Sehr richtig.) Der Zustand von heute datiert bereits seit 1877 oder 1878. Die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina erfolgte seinerzeit, weil der ursprüngliche Besitzer den Anspruch nicht zu dämpfen vermochte, während Oesterreich-Ungarn einen Aufstand in seinen Landesgrenzen an seiner Grenze auf die Dauer unmöglich ruhig mit ansehen konnte. (Sehr richtig.) Was die österreichisch-ungarische Verwaltung in dieser Zeit für die beiden Provinzen getan hat, das ist von allen sachverständigen Beurteilern als eine glänzende Kulturleistung anerkannt worden. (Sehr richtig.) Oesterreich-Ungarn hat sich ein Recht auf beide Provinzen durch seine Arbeit erworben. Der formale Verlust, der bei der Anzeiger bezogen wurde, ist durch die Verhandlungen mit der Porte ausgeglichen worden. Bei den Verhandlungen ist von beiden Seiten mit staatsmännischer Weisheit den Interessen beider Teile gebiet worden, und ich glaube, daß beide Teile Anlaß haben, sich zu dem gelungenen Abschluß Glück zu wünschen. (Sehr richtig.) Nachdem eine Einigung unter den nächstbeteiligten erzielt worden ist, wird die Zustimmung und die Anerkennung auch der übrigen Signatarmächte des Berliner Vertrages nicht ausbleiben können. Daß auch das Placet von Serbien erforderlich sein soll, ist eine Zumutung, die Oesterreich-Ungarn von Anfang an mit Recht abgelehnt hat. (Sehr richtig.) Den serbischen Forderungen steht kein Rechtsanspruch zur Seite. Die serbischen Klüffungen sind ein gefährliches Spiel. (Sehr richtig.) Wenn es nun auch ein unerträglicher Gedanke sein mag, daß der europäische Friede wegen Serbien gefährdet werden soll, so ist doch kein Grund vorhanden, an Oesterreich-Ungarn oder die Türkei die Zumutung zu stellen, unbedingten serbischen Aspirationen nachzugeben. (Sehr richtig.) Aus diesen Aspirationen kann kein Krieg, geschweige denn ein Weltkrieg werden. (Sehr richtig.) Ich habe aber die feste Zuversicht, daß das Friedensbestreben in Europa stark genug sein wird, um einen solchen Weltkrieg zu verhindern. (Sehr richtig.) Die Haltung, welche die russische Politik neuerdings in der Anzeigerstrategie eingenommen hat, bezieht mich in dieser Hinsicht, und für diese Haltung der russischen Politik hat sie, und insbesondere es Majestät der Kaiser Nikolaus, Anspruch auf Anerkennung und Dankbarkeit aller Friedensfreunde in Europa erworben. Unsere Haltung gegenüber der Konferenzfrage hat sich nicht geändert. Wir haben nach wie vor keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine solche Konferenz, vorausgesetzt, daß alle europäischen Mächte an ihr teilnehmen und daß das Konferenzprogramm vorher genau fixiert und fest umgrenzt wird, denn wir wünschen, daß die Konferenzberatungen nicht als Verfügungsmittel, sondern als Verhandlungsmittel wirken. (Sehr richtig.) Nun ist weiter gesagt worden, wir hätten uns bemühen sollen, die bestehenden und nicht ungesährlichen Gegensätze zwischen den europäischen Mächten auszugleichen. Es ist sogar behauptet worden, daß wir in dieser Richtung nicht genug getan hätten. Dabei übersehen wir, daß wir gar keine Veranlassung hatten, eine übertriebene geschäftige Tätigkeit zu entwickeln. Sobald eine Grundlage für eine vermittelnde Tätigkeit gegeben war, haben wir im ausgleichenden Sinne gewirkt. Wir sind in dieser Richtung nicht ohne Erfolg zwischen Wien und Konstantinopel und zwischen Wien und Sankt Petersburg tätig gewesen. Dabei sind wir uns allerdings stets der Grenzen bewußt geblieben, die wir einerseits unseren eigenen Interessen, andererseits der Loyalität gegenüber Oesterreich-Ungarn bei unserer vermittelnden Tätigkeit zugrunde legen mußten. Ich will diese Grenzen noch einmal definieren. Wir haben keinen Schritt getan und werden keinen Schritt tun, der den mindesten Zweifel über unser Entschlossenheit, kein österreichisch-ungarisches Lebensinteresse preiszugeben. (Sehr richtig.) Und ebenjenseits sind wir dafür zu haben, daß an Oesterreich-Ungarn Zumutungen gestellt werden, die unvereinbar waren mit der Würde der habsburgischen Monarchie. Wenn somebody hier nicht als großartiges Beispiel der Berliner Konferenz vor diese weltgeschichtliche Verhandlung wurde geführt durch den größten Staatsmann des vergangenen Jahrhunderts. Sein leitender Gedanke war dabei, daß zwischen den europäischen Mächten ein Krieg ausbrechen könnte, in den Deutschland mit hineingezogen werden könnte. So magde der gewaltige Fürst hiesige Arbeit, um den Frieden zu erhalten, und er erhielt ihn auch. Aber in gewisser Beziehung trugen

wir die Kosten des Verfahrens. Die Unzufriedenheit der Streitenden richtete sich nach dem Kongreß noch mehr gegen uns als gegen den bisherigen Gegner. Die Schergen aller enttäuschten Hoffnungen wurden gegen uns geschleudert. Ich habe als junger Mensch an dem Kongreß teilgenommen. Ich stand durch meinen Vater und seine amtlichen und freundschaftlichen Beziehungen zum Fürsten Bismarck den Ereignissen nahe, und so erfuhr ich, daß Deutschland, das den Frieden anderer erhalten hatte, selbst nach dem Kongreß in Kriegsgefahr schwebte. Mit dieser Erfahrung vor Augen haben wir uns die Linie für unsere Orientpolitik vorgezeichnet. Wir wahren unsere eigenen Interessen und stehen treu zu Oesterreich-Ungarn. Das ist, um das auch in diesem Zusammenhange zu wiederholen, identisch. Indem wir jetzt zu Oesterreich-Ungarn stehen, sichern wir an besten unsere Interessen. Und damit tragen wir auch am meisten bei zur Erhaltung des Friedens, des europäischen Friedens, dessen Wahrung auf richtigem Wege unschwer wird von diesem hohen Saule und vom deutschen Volke. (Sehr richtig.)

Abg. Fehr v. Hertling (Str.):

Auf dem glatten Boden der auswärtigen Politik können wir Abgeordnete ja nur mit allem Vorbehalt sprechen; inmerhin ist es wenigstens für die Mitglieder der Budgetkommission, leichter gemordet, die frühere Sache, das was wenigstens in den auswärtigen Verhältnissen erhalten, kann jetzt nicht mehr erhoben werden, nachdem uns in der Budgetkommission der Staatssekretär des Auswärtigen freilich nur verurteilt und daher zunächst nur zugänglich für die Mitglieder der Budgetkommission, viele Mitteilungen gemacht hat. Ich will sie wieder über- und unterfragen. Aber nach einer Richtung habe ich in der Kommission schon mein Einverständnis mit der deutschen Politik ausgesprochen können. Zunächst ein paar Worte über Marokko. Wenn wir früher uns darüber unterhalten haben, haben wir es alle mit einem gewissen Unbehagen empfunden. (Sehr richtig.) Wir wollten uns unseren Platz zur Bekämpfung unserer wirtschaftlichen Interessen nicht kaufen lassen, aber wir hatten alle das Gefühl, daß wir Marokko keinen Krieg führen dürfen. (Sehr richtig.) Ob die deutsche Marokkopolitik geklärt hat, ob sie, wie der Reichstanzler in Anspruch nimmt, konsequent gemein ist, auf diese Frage brauchen wir, nachdem alles zum guten Ende gelangt ist, nicht mehr zurückkommen. (Sehr richtig.) Wir haben uns gestreut, aus dem Affenfuß das Wort zu hören, daß die Werte, die in Frage kämen, doch nicht im Verhältnis ständen zu den unangenehmen Nebenwirkungen auf unser Verhältnis zu Frankreich. Wir hoffen, daß das Einverständnis in dieser Frage dazu beitragen wird, unser Verhältnis zu Frankreich überhaupt dauernd zu bessern und zu stärken. (Sehr richtig.) Wenn etwas die Freude darüber trüben könnte, so ist es der Gedanke, daß das, was jetzt erreicht ist, schon vor einigen Jahren hätte erreicht werden können. (Sehr richtig.) Schon damals, als die französische Politik nach dem Sturm Delafosses in ruhigeren Bahnen einlenkte. Aber darüber brauchen wir heute nicht mehr zu reden. Wenn in der Marokkofrage von Fehlern der deutschen Diplomatie gesprochen wurde, so können wir uns freuen, daß jetzt zweifellos geschicktere Hände im Spiel sind. Wir haben in der Kommission über die Auswahl und Ausbildung des diplomatischen Nachwuchses gesprochen und über die Bevorzugung des Abels. Die Vorwürfe waren wirklich nicht berechtigt. Vermögen ist für den diplomatischen Dienst doch erforderlich, und die großen Handels- und Industrievermögen sind doch noch erst jungen Datums. Herr von Schoen hat uns ja aber die Namen großer industrieller Familien genannt, deren Söhne jetzt schon den diplomatischen Dienst angetreten. Die wollen wir nicht alle als beschriftet haben, weil man zu Vertretern des Abels auch die später Mobilisierten zählte. Wenn gegen Bevorzugung des Abels ist, sollte eigentlich auch gegen die Mobilisierung sich ausgesprochen (sehr richtig links), und er würde dann vielleicht zu seinem Entkommen dabei die Bundesgenossenschaft des alten historischen Abels finden. (Heiterkeit rechts.)

Nachdem der Staatssekretär die letzte Frage gegeben hat, daß der Adel bei der Auswahl des diplomatischen Nachwuchses keine Rolle spielen soll, könnte man die Diskussion jetzt schließen. Ich habe das Gefühl, daß, nachdem doch das Bürgerrecht die herrschende Klasse geworden ist, die abelscheinstimmige Stimmung etwas antiquiert geworden ist. (Sehr richtig rechts.) Voraus ist ankommt, ist geeignete Persönlichkeiten zu finden, wirklich geschickte Männer, keine bloßeren Salonhelden. (Sehr richtig.) Das zweite ist, daß unsere Diplomaten sich frühzeitig davon durchdringen lassen, daß sie beim fremden Staat den eigenen Staat zu vertreten haben und nicht umgekehrt den fremden. Hauptache ist, daß man jungen Diplomaten vor allen Dingen die Kunst des Arbeitens lehrt. (Sehr richtig.) Daran fehlt es hier und da. Nun zur auswärtigen Politik zurück. Die Anzeiger von Bosnien und der Herzegowina war ein Schritt der Selbsterhaltung, was erforderlich, wenn Oesterreich sich die fruchtbarsten jahrelangen Arbeitsnächte aus der Hand reißen und die Bemühungen um die Schaffung abendländischer Kultur in diesen Provinzen nicht in Frage stellen lassen wollte. (Sehr richtig.) Ich handelte es sich gewissermaßen nur darum, das Geschehene einzugrenzeln. Es kam der Zwischenfall mit Serbien, und der Krieg schien unvermeidlich. Diese Gefahr, erschoß uns, heißt es zu sein, aber es wird doch nicht als Problem gelöst, die die große orientalische Frage mit sich bringt. Die jüngstjährige Resolution wird nach manchen Konsequenzen haben. Die Haltung der deutschen Politik in der Balkanfrage war durchaus korrekt. Es war richtig, fest und treu zu Oesterreich als unserem ersten und besten Verbündeten zu stehen. (Sehr richtig.) Es kam nicht darauf an, unseren Vertrag mit Oesterreich juristisch zu interpretieren, unsere eigene politische Ansehen stand auf dem Spiel. Es galt nicht nur den Dank für Agassias abzugeben, wir mußten auch unser eigenes vitales Interesse wahren. Die Stürme gegen Oesterreich zielten vielfach auf das Deutsche Reich hin, man schlug Oesterreich und meinte Deutschland. (Zustimmung.)

Deutschland hat keine Friedensliebe so oft und so unabweisend betätigt, daß kein ehrlicher Zweifel daran bestehen kann. (Sehr richtig.) Ich bin im Zentrum. Wenn er sich auch bemerkt, was es notwendig ist, Ernst und Entschlossenheit zu zeigen. (Sehr richtig.) Ich habe keinen Anlaß, hier der Regierung eine Vertrauensstundegebung zu erteilen, auf die man auch an maßgebenden Stellen durchaus keinen Wert legen würde. (Allgemeine Heiterkeit.) Aber ein treues Bruderverhältnis zu Oesterreich hat von jeher den Gemüthen und Empfindungen meiner politischen Freunde entsprochen. (Sehr richtig.) Ich bin im Zentrum. In der Budgetkommission ist in voriger Woche die Frage erörtert worden, ob vielleicht mit England eine Verständigung über den Flossenbau möglich, angebracht und wünschenswert sei. Ich glaube der Wunsch, mit England auf einem freundschaftlichen und friedlichen Fuß zu stehen, wird in diesem hohen Saule geteilt. (Sehr richtig.) Eine Verständigung zu dem Flossenbau wäre ein Ziel, auf das wir uns wünschen. Wir sind die jüngste Großmacht und wir haben als erste von allen Mächten die großen Aufgaben der Sozialpolitik in die Hand genommen. Diesen schweren Lasten gegenüber steht die große Schwierigkeit, neue finanzielle Quellen zu erschließen. Wenn es gelänge, die großen Schwierigkeiten zu bewältigen, so würden wir das freudig begrüßen. Die Frage ist nur,

wie wir das anfangen sollen. Die Haager Konferenz ist nur dazu gekommen, den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung mit einer Resolution sympathisch zu begrüßen. Wir müssen nicht nur den Anfang, sondern das Ende einer Verständigung mit England finden. Die Antwort der deutschen Regierung, daß wir unsere Flotte nach Maßgabe unserer eigenen Bedürfnisse bauen, war durchaus korrekt. Gerade meine politischen Freunde haben ganz wesentlich zum Erlaß des Flottengesetzes beigetragen. Die späteren Bestimmungen haben gezeigt, daß wir nach wie vor auf diesem Standpunkt stehen. (Sehr richtig.) Ich habe es auch heute unterlassen, irgendwelche Seitenblicke auf unsere inneren Verhältnisse zu werfen oder meine Ausführungen irgendwie beeinflussen zu lassen durch die besondere Parteilichkeit, die meine Freunde in diesem Hause einnehmen. Auch heute wieder habe ich mich beiläufig leiten von dem Grundsatze, daß, wenn die internationalen Angelegenheiten, wenn unser Verhältnis zu anderen Mächten zur Erörterung steht, nichts anderes für uns maßgebend ist, als das Interesse für die Wohlfahrt und die Ehre des Vaterlandes. (Sehr richtig.) Ich werde mich von diesem Grundsatze auch nicht abbringen lassen, wenn immer wieder der Vorwurf antinationaler Gesinnung gegen uns erhoben werden sollte. (Sehr gut!) Im Zentrum. Uns trübt das stolze Bewußtsein, daß diese ungedruckt Beschlüsse vor der Macht der Tatsachen kraftlos zu Boden fallen wird. (Sehr richtig.)

Abg. Graf von Ranitz (kon.):

Die großen politischen Fragen, die seit Monaten die Öffentlichkeit beschäftigen, sind etwas zurückgetreten im allgemeinen Interesse gegenüber der neuesten Entwicklung der Dinge auf dem Balkan. Wenn ich in den letzten Jahren dort der Horizont etwas geklärt hatte, so war es nicht zum wenigsten der entschlossenen Haltung unserer Regierung zu verdanken. Deutschland stand in fester Treue zu Oesterreich-Ungarn. Dadurch ist die Enttarnung der Kriegsgelüste anderer Mächte zur Erörterung steht, nichts anderes für uns maßgebend ist, als das Interesse für die Wohlfahrt und die Ehre des Vaterlandes. (Sehr richtig.) Das muß in den Händen der Welt dankbar anerkannt werden. Nicht nur politische Rücksichten zwingen uns dazu, treu zu Oesterreich-Ungarn zu halten; es ist auch eine gerechte Sache, wenn wir Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan unterstützen. Niemand hat das Recht der österreichisch-ungarischen Monarchie ihren Besitz auf dem Balkan streitig zu machen. Der Redner verweist zum Beweise auf die Verhandlungen des Berliner Kongresses im Jahre 1878. Dort habe Oesterreich-Ungarn das Mandat erhalten, für Ruße in Bosnien und der Herzegowina zu sorgen. Oesterreich-Ungarn war auch beauftragt, diese Provinzen dem Kaiserreich anzuschließen. Niemand hat das Recht, von dem Donaukaule darüber Kompensationen zu fordern, am wenigsten aber Serbien. (Sehr richtig.)

Rußland hat gewiss ein Interesse am Balkan, und ich sehe nicht ein, warum österreichische und russische Interessen in Konflikt geraten müssen. Gortschakoff hat ja auf dem Berliner Kongreß erklärt, Rußland hat nicht das geringste Interesse an der orientalischen Frage. Die Bedenken gegen eine Konferenz über die Balkanfrage sind im vollsten Maße berechtigt. Es würden nicht Klärung, sondern nur Verwirrung schaffen. Wir haben nicht die geringste Veranlassung, in unseren traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland eine Aenderung eintreten zu lassen. Im Gegenteil, es sind wichtige gemeinsame Interessen, die uns verbinden. Viele beruhen nicht allein in unseren monarchischen Institutionen, sondern sie umfassen das ganze politische Gebilde. Auch Rußland hat sich in neuerer Zeit wiederholt in recht schmerzlicher Lage befunden und da hat es Gelegenheit gehabt, durch unsere Freundschaftsprüfung sich zu überzeugen, daß wir in treuer Freundschaft zu Rußland stehen; und wenn gewisse Quertreiber, Parteibestrebungen in Rußland, es sich angelegen sein lassen, diese unsere Freundschaftsbeziehungen zu ignorieren, so kann ich uns nicht bedauern.

Die Stetigkeit, die die deutsche Regierung in der Balkanfrage bewiesen hat, kommt auch auf dem Gebiete der Flottenrüstung in Frage. Wir haben da mit Begehrten und Mißverständnissen zu tun. Es ist geradezu unerfindlich, wie man behaupten kann, daß wir unsere Klüffungen gegen eine befreundete Macht richteten, von der der Reichstanzler soeben sagte, daß alle möglichen wirtschaftlichen Interessen uns mit ihr verbunden. Ich habe aber das Gefühl, daß man mit wiederholten Friedensversicherungen an dem Reichstanzler trüben nichts ändert. (Sehr richtig.) In der Budgetkommission hat Herr von Schoen die uns allen bekannte Erklärung abgegeben, es würde nur den Eindruck dieser Erklärung abschwächen, wenn wir sie erweitern, wenn wir noch Zusätze dazu machen wollten. Ich verzichte also darauf, in die Frittenstrompete zu blasen. Ich möchte glauben, daß die Intelligenz des englischen Volkes dieser für das britische Nationalempfinden eigentlich nicht recht erhebenden Beängstigung durchaus ablehnend gegenübersteht. Große Staatsmänner haben ja auch in jüngster Zeit auf das Gebaltlose dieser Befürchtungen hingewiesen. Aber wenn irgend etwas geeignet ist, die Würdigkeit dieser Befürchtungen in das richtige Licht zu stellen, so mußte es die entsprechende, herrliche, ich möchte sagen, entsetzliche Aufnahme sein, die das englische Königsgeschlecht bei seinem letzten Besuche gefunden hat. Und ich bin dem Reichstanzler dankbar, daß er am Anfang seiner Rede auf die große politische Bedeutung dieses Besuchs hingewiesen hat. Der Empfang, der dem englischen Königspaar hier zuteil wurde, war der Ausdruck von Sympathie von Volk zu Volk. Das sollte man in England anerkennen. Denen, die demgegenüber die Augen verschließen, ist nicht zu helfen. (Sehr richtig.)

Ueber das englisch-russische Abkommen über Persien hat im vorigen Jahre Freiherr v. Hertling Befürchtungen für unseren Handel ausgesprochen und auch Herr Ballermann hat sich dem angeschlossen. Herr v. Schoen hat aber eine beruhigende Erklärung abgegeben; gewisse Teile dieses Abkommens seien für Deutschland ganz gleichgültig, die meisten seien demgegenüber Gegenstand der Abmachung, die Politik der persischen Türkei vollkommen gewaltlos. Herr v. Schoen teilte mit, der deutsche Handelsnachdruck in Konstantinopel sei angewiesen, eine Studienreise nach Persien zu unternehmen. Ich weiß nicht, ob ich die Bitte aussprechen darf, daß uns nunmehr über das Ergebnis dieser Reise einige Mitteilungen gemacht werden. Unser Handelsverkehr mit Persien ist zwar noch nicht sehr umfangreich, hat aber in den letzten Jahren ganz erstaunliche Fortschritte gemacht. Ich bin am Schluß. Lassen Sie mich unserer Benützung Ausdruck geben, daß der Krieg vermieden, viele tausend Menschenleben verschont, die Milliarden Volkswirtschaften vor der Vernichtung demahrt worden sind. Wir wissen, daß wir diese erfreuliche Wendung der Politik in erster Linie dem tatkräftigen Eingreifen des Reichstanzlers zu verdanken haben. Wenn der Herr Reichstanzler in seiner haatsmännlichen Laufbahn weiter nichts vollbracht hat, als dieses Friedenswerk, so würde er sich dadurch allein ein



immerwährendes Verdienst erworben haben. (Beifall rechts.) Der Herr Reichsanstaltler kann sicher sein, daß ihm der beste Lohn nicht fehlen wird, der Dank. (Beifall rechts.)

### Hg. Baffermann (nt.):

Mit den Richtlinien, die die Politik des Reichsanstaltlers in den auswärtigen Fragen aufweist, und mit seinen eingehenden Darlegungen können wir uns in vollem Umfange einverstanden erklären. Die Unterfertigung Österreich-Ungarns durch unsere Politik findet unsere Billigung. Man kann ruhig aussprechen, daß die Politik uns in allen Parteien und allen Schichten unseres Volkes Zustimmung findet. (Sehr richtig!) Der Erfolg unserer Politik ist auch nicht ausgeblieben. Wir haben im Laufe der letzten Monate gesehen, wie das zunächst sehr lebhaft eingehende Verlangen Englands, die ganze Frage der Angliederung von Bosnien, Herzegowina einer Konferenz zu überweisen, nach und nach milder geworden ist. Wir konnten als Erlöse dieser Politik die Tatsache registrieren, daß die Türkei sich im Wege direkter Vereinbarungen mit Österreich-Ungarn auseinandersetzt. Wir haben, daß auch Rußland genötigt war, von einer Politik, die in manchen Stadien eine große Spannung hervorgerufen hatte, zurückzugehen. Für Österreich hat unser Verhalten im Laufe dieser ganzen Wirren auf dem Balkan großen Wert gehabt. Das Bündnis mit Deutschland, die Haltung Deutschlands in erster Stunde hat zum letzten Ende wohl auch den Frieden erhalten. (Sehr wahr!) Die Möglichkeit unseres starken Heeres hat sich hier auf neue weites als unerschöpflich herausgestellt. Man wird es verstehen können, daß Serbien einen Weg nach dem Meere sucht und sich mit seinem Abhänge unabhängig machen will, von Österreich. Man wird es ferner begreiflich finden können, daß in dem serbischen Volke der Wunsch vorhanden ist, mit den Stammesgenossen von Montenegro zu einer territorialen Verbindung zu kommen, und wird auch nachempfinden können, daß in der serbischen Nation der Gedanke eines Groß-Serbien wach ist. Eine solche Bewegung ist angehängt des nationalitätlichen Zuges unserer Zeit gewiß verständlich, allein auf der anderen Seite muß man anerkennen, daß auch auf dem Balkan die Welt verteilt ist. Das schließt ein Groß-Serbien aus und es würde nur möglich sein nach schweren Zusammenstößen und Katastrophen auf dem Balkan. Wenn man gerecht sein will, muß man andererseits Österreich gegenüber nicht vergessen, daß wenn man sich auf den österreichischen Standpunkt stellt, so ist die Angelegenheit, in dem ohne großen Gefahren Bosnien und Herzegowina angegliedert werden konnten. Nun sind ja die serbischen Aspirationen zweifellos im Laufe der verflochtenen erregten Monate wiederholt gesteigert worden, und sie fanden ihre Unterfertigung an dem russischen Minister Iswolski, dessen Äußerungen vielleicht doch eine starke persönliche Note in sich hatten, der Vermittlung über gescheiterte politische Pläne. (Sehr wahr!) Im letzten Ende ist nun Rußland doch genötigt, auf den Boden der friedlichen Erledigung zu treten. Eine internationale Konferenz wäre früher eine Verhöhnung gewesen. Nachdem aber die Türen zu direkter Verhandlung mit Österreich gekommen sind, nachdem auch ein Weg nach dem Meere erzielt worden ist, zwischen Bulgarien und Serbien, und nach dem Ende der österreichisch-serbischen Wirren stehen, liegt wohl in einer Konferenz sein Anlaß vor. Es besteht im Gegenteil die Gefahr, daß auch auf einer Konferenz mit festem Programm neue Streitfragen auftauchen können. (Sehr wahr!) Darüber kann, wenn man die Krise von Handel und Industrie beobachtet, kein Zweifel sein, daß in allen diesen Kreisen der dringende Wunsch vorhanden ist, mit diesem Frühjahr auch an das Ende der Balkanwirren gelangt zu sein. (Sehr richtig!) f. i. n. t. s. Wir begrüßen es, daß das dankenswerte Eingreifen des Kronprinzen von Serbien den Umfassungsvollzug hat. (Große Heiterkeit.) Es hat nun wohl die deutsch-österreichische Auffassung geleistet, und ich hoffe, daß nicht die Nachfrist erhalten, daß der Friede definitiv gesichert ist. (Sehr wahr!) Wir haben aus Anlaß der deutschen Politik auf dem Balkan in manchen Richtungen die nicht deutschfreundliche Stimmung gefunden, daß Deutschland die nicht deutschfreundliche Stimmung in Europa aufzurichten. Davon kann gar keine Rede sein, es ist das eine vollständig falsche Deutung unserer Bestrebungen Österreich gegenüber. (Sehr wahr!) Wir erstreben keine Diktatur, ebensowenig, wie wir andererseits gemißt sind, uns an die Mandat beider oder ausscheiden zu lassen. (Beifall Beifall.) Ich schließe diese Betrachtung mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß die deutsche feste und entscheidende Politik, die in ihrem letzten Ziel auf die Erhaltung des Friedens gerichtet war, einen so glänzenden Erfolg gehabt hat, mit dem wohl alle Schichten der Bevölkerung zufrieden sein können. (Beifall Beifall.) Ich möchte mich dann kurz zur Marokkofrage wenden, die seinerzeit so geträumelt und mit Hilfe seiner Majestät nach Tanger einsetzte. Ich will den allen Schmerz nicht erneuern, ob die jetzt erreichte Einigung nicht in einem viel früheren Stadium zu erreichen gewesen wäre durch direkte Verhandlungen mit Frankreich, zu denen es vielleicht in einzelnen Stadien bereit war, und ob es nicht möglich gewesen wäre, die Konferenz in Algier zu vermeiden. Ich will auch nicht im einzelnen untersuchen, ob die errungenen Vorteile so gering sind, wie sie in den Äußerungen mancher Deutscher, die in Marokko anwesend sind und auch in der Marokko-Korrespondenz zutage getreten sind, und ob sie so groß sind, wie die Schwärmer einer Verhöhnung mit Frankreich um jeden Preis es darstellen. Auch hier wird die Wahrheit wohl in der Mitte liegen. Die Einigung wird eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen. Mit Genugtuung kann ich es auch begrüßen, daß eine deutsche Schule in Tanger ins Leben gerufen ist. Und sie wird dazu beitragen, den deutschen Einfluß in Marokko zu vermindern. Der Schwerpunkt des Marokko-Abkommens liegt in der deutschen Beteiligung an der wirtschaftlichen Erschließung des Landes. Das Resultat ist, daß keiner Nation besondere wirtschaftliche Vorteile eingeräumt sind. Die Hauptrolle wird sein, daß das Abkommen nunmehr auch lokal durchgeführt wird (Sehr wahr!) f. i. n. t. s. Das volle wirtschaftliche Gleichberechtigung der beiden in erster Linie in Frage kommenden Nationen, Frankreich und Deutschland, durchgeführt. Der Abg. v. Hertling hat im Anschluß an seine Ausführungen über die Marokkofrage auch über die deutsche Diplomatie und ihre Ausübung gesprochen. Der Herr Staatssekretär

des Auswärtigen Amtes hat bei einer früheren Gelegenheit zugelegt, daß er unserer Diplomatie frisches Blut zuführen wolle. Ich glaube, wir werden ihm die Anerkennung nicht versagen können, daß er bemüht ist, eine gewisse Reorganisation des Auswärtigen Amtes und des auswärtigen Dienstes durchzuführen. Es wird Sache des Reichstages, die einzelnen Maßregeln zu prüfen. In der Budgetkommission ist diese Frage sehr eingehend besprochen worden und auch die Presse der verschiedensten Parteien hat sich sehr und auch die Qualität unserer diplomatischen Vertreter ihre Aufmerksamkeit zugewandt. Es ist ja ab und zu ausgeprochen worden, daß manche Schlappen der deutschen Diplomatie vielleicht zuzuführen ist auf die nicht hinreichende Qualität unserer Beamten. Jedenfalls ist bei den wachsenden nationalitätlichen, imperialitätlichen Tendenzen und der Stärkung unserer wirtschaftlichen Einflusses die Qualität unserer diplomatischen Beamten von höchster Bedeutung. Nun haben seinerzeit Prof. Berthold in der Debatte über die Qualität unserer diplomatischen Beamten großes Aufsehen erregt. Man hat von einer auffallenden Exklusivität in unserer Diplomatie gesprochen, die ihre Analogie nur finde in den feudalen Kavallerieregimenten der Armee. Ich meine, es ist nicht so von Wichtigkeit, ob auf 100 Diplomaten 4 Bürgerliche oder auf 137 neun Bürgerliche kommen. (Sehr richtig!) Man wird die historische Entwicklung nicht außer acht lassen können. Man ist in Jahrhunderten geworden ist, kann nicht mit einem Gelehrten aus der Welt gestrichelt werden. Jenseits los läßt die Repräsentation in unseren diplomatischen Dienst eine große Rolle, und bei manchen Höfen mag es aus althergebrachten Verhältnissen heraus nach wir gerechtfertigt sein, adelige Vertreter zu haben. In seiner Allgemeinheit aber trifft dieser Grund nicht zu, andere Nationen haben ihn längst verlassen. Schwieriger ist die Debatte. Es ist zweifellos, daß der diplomatische Dienst große Nebenarbeiten erfordert, daß die staatlichen Gelder nicht ausreichen, um den Anforderungen zu genügen, die an unsere Vertreter im Ausland gestellt werden. Das wird eine Frage sein, die bei günstiger Finanzlage zu erörtern sein wird. Man hat auch von der guten Figur gesprochen, nun, ich meine, wenn man die Erfolge gerade der französischen Diplomatie sich ansieht, die doch vielfach mit rein bürgerlichen Elementen arbeitet, wird man sich fragen müssen, daß letzten Endes auch in der Diplomatie die persönliche Tüchtigkeit und das Talent, nicht aber die Figur und eine sehr lehrreiche Lebenshaltung entgegenkommt. (Sehr wahr!) f. i. n. t. s. Die Regierung wird sich also einer Demotivierung des Diplomatendienstes in unserer Sprache enthalten können. (Sehr richtig!) Auch in der Armee haben wir ja kommandierende Generale aus bürgerlichen Ständen. Die Reform der Vorbildung zum diplomatischen Dienst findet ebenfalls unserer Befehl. Hierbei darf die juristische Vorbildung nicht übersehen werden. Bei der großen Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturnationen tauchen für die diplomatischen Beamten neben den Fragen rein politischer Natur auch wirtschaftliche Fragen mit ganz elementarer Gewalt auf. (Sehr richtig!) und gerade da verlangen vielfach unsere Vertreter; namentlich im Verkehr mit deutschen Kaufleuten und Industriellen zeigen sie nicht das nötige Maß von Entgegenkommen, von Liebe zur Sache, dem Mann zu helfen. (Sehr richtig!) Es wird sich da die Anstellung von Handelsattachés und Attachés für das landwirtschaftliche Gewerbe notwendig machen. Auf die Notwendigkeit, daß die deutschen Anhängen in der Auslandspreß richtig wiedergegeben werden, habe ich früher schon hingewiesen; wir haben mit besonderem Bedauern im Laufe der hinter uns liegenden Jahre in der ganzen Welt, wo von unserer Einwirkungspolitik, von einer Politik, die bemächtigt ist, Deutschland zu isolieren, gesprochen wurde, doch nicht, wie viele Tatarenmadrasiten in der ausländischen Presse unbetitelt blieben. Ich bin überzeugt, daß das Auswärtige Amt auch dieser hochbedeutsamen Frage seine volle Aufmerksamkeit schenkt. Auch hier müssen Organe geschaffen werden, die kraft ihrer Vorbildung, ihrer Kenntnisse, ihrer Talente die Fällung mit der Auslandspreß herbeiführen.

Nun zu der Frage, die in den letzten Tagen die Gemüter vor allem bewegt hat, zur Frage der Auseinandersetzung über das deutsche Flottenprogramm, die besonders jenseits des Kanals eingehend behandelt worden ist. Statt der Fanjaren, die wir vom Auslande her hören, ist es jetzt wieder ruhiger geworden. Die entsprechenden Aufklärungen sind erfolgt. Wir haben gehört, daß in Deutschland kein beschleunigter Flottenbau über das Flottengesetz hinaus erfolgen soll. Es ist auch richtig gesagt worden, wie es sich mit dem Dreanoughts verhält. Wir können nur sagen, daß es unser innerstes Bestreben ist, mit England Frieden und Freundschaft zu halten. Die Worte des Fürsten Bismarck über den englischen Besuch untermischen wir gern. Wir sind gewiß die letzten, die zu kriegerischen Vermittelungen mit England drängen, die doch keinesfalls uns etwas nützen könnten. Wir würden es begrüßen, wenn die deutschen Beziehungen zu England, die politischen und die Handelsbeziehungen, noch weiter gefördert würden. (Beifall.) Wir halten uns an das Flottengesetz und wollen in der Welt weiter wandern, was geschieht in der Benutzung haben wir die Anerkennung begründet, daß unsere Werften, unsere Geschütze, unsere Panzerplattenfabriken in englischen Besitztum gefunden haben. Das Zeugnis, das der erste Lord der englischen Admiralität ihnen gegeben hat, ist eine hohe Anerkennung für die deutsche Industrie. Alles in allem, wir sind auf dem rechten Wege mit unserer Flotte, die kein anderes Ziel verfolgt, als unsere Stellung zu wahren und unseren Handel zu sichern. Es soll nicht für einen Krieg gegen England dienen, sondern allein zum Schutze der deutschen Interessen. Wir haben jüngst den Marinestab fast ohne Debatte erledigt. Das war ein Ausdruck des Vertrauens für den Staatssekretär des Reichsmarineministeriums. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß dieses Vertrauen zum Staatssekretär in weiten Kreisen des Volkes vorhanden ist. Die Nation dankt ihm, daß er mit seiner Hand, mit Verständnis und Gehör die deutsche Flottenpolitik durchführt und durchgeführt hat. (Beifall.) Auch in der ausländischen Presse hat man das Verhalten des Reichstages so aufgefaßt. Ein kurzes Wort über die Abrüstungsfrage. Wir haben Material über die Seefriegsflotten in London erhalten. Man hat sich auch über die Frage der Kriegsstreubank geeinigt, und deren Begriff genauer definiert. Wir erkennen die Resultate dieser Seefriegsflotten durchaus an. Wenn man das Fazit der heutigen Tage zieht, so kann man feststellen, daß manche Bedürfnisse gewonnen sind. Wenn die deutsche Politik in Ruhe und Gelassenheit weitergeführt wird, so haben wir auch von einer neuen Gruppierung der Mächte nichts zu befürchten. Deutschland ist kein Volk von Friedensfremden. Wir sind nicht beherztig von Eroberungsgelüsten. Aber andererseits ist die Nation entschlossen, ihre jetzige Machtstellung zu wahren. Deutschland ist ein Vorkriegsland, die sich manchen. Wir haben auch noch manche Gründe brauchen, die dem deutschen Volke seine Tüchtigkeit und sein Vorkriegscharakter in wirtschaftlichen Kämpfen der Welt neben. Man verdirbt sich uns noch im Auslande. Man stellt uns als Störenfried hin. Das alles aber werden wir ertragen müssen im Gefühl unserer Stärke und im Gefühl unserer Friedfertigkeit. Wir sind einig mit dem Volke, und mit den Regierungen darin, daß wir friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu den Völkern der Erde erstreben. Das ist das Ziel der deutschen Politik sein und bleiben. (Beifall Beifall.)

### Hg. Schröder (fr. Abg.):

Die erste Eigenschaft eines guten Diplomaten muß sein, daß er die Verhältnisse des Landes, vor allen Dingen in wirtschaftlicher Beziehung, kennt. Herr Baffermann ist darin beizustimmen, daß namentlich unsere Vertretung im Auslande in wirtschaftlichen Fragen ungenügend ist. Was die Balkanfrage anbelangt, so muß hervorgehoben werden, daß in der heutigen Zeit wegen dieser doch verhältnismäßig geringen Dinge ein Krieg nicht ausbrechen darf. Heutzutage steht bei einem Kriege doch so viel auf dem Spiele. Mit dem Marokkoabkommen sind wir sehr zufrieden. Es wäre besser gewesen, von Anfang an sich etwas Fremdländer zu Frankreich zu stellen. Nachdem die Türkei sich mit Österreich-Ungarn verständigt hat, hat Serbien seinen Anlaß, irgendwelche Ansprüche zu stellen. Auf die Balkanpolitik ist nicht dazu anhalten, unsere Sympathien zu erweisen. Rußland hat sich angetan des Kreises der europäischen Mächte gestellt. Die Einmischung der Mächte auf dem Balkan hat dem Balkan nichts Gutes gebracht. Von 1903/1908 haben die Vätergenossen in Mazedonien nicht aufgehört. Wirgen nunmehr die Mächte den Balkan sich selber überlassen. England gegenüber muß hervorgehoben werden, daß wir unsere Allokation ganz unerschützt treiben. In dem Etat ist alles hierauf Bezügliches zu finden. Die englischen Marineattachés werden doch auch unsere Etats lesen. Die Aufregung in England ist darum gar nicht zu verstehen. Wenn wir uns nicht auf Kreuzer und Küstenfahrzeuge beschränken, so geschieht dies eben deshalb, weil diese heutzutage allein nicht den nötigen Friedenseffekt haben. Wenn die Dreanoughts England unangenehm sind, so, woher kommt dies denn? Die Engländer haben ja selbst immer angefangen. (Sehr Zustimmung.) Die Kosten für Heer und Marine brüden uns ohne Frage schwer, ebenso aber ist dies auch in anderen Ländern der Fall. Alle Länder haben hier ein Interesse daran, Maß zu halten. Ein Anwerben hierzu sollten wir nicht abweisen. Auslast auf der Beziehungen zu England sind vorhanden. Aber Posten und Bürgermeisterbesuche tun es allein nicht. Wir wünschen nur, daß unsere Politik mit derselben Friedfertigkeit und derselben Festigkeit weitergeführt wird und daß uns unsere Diplomatie nicht wieder in Schwierigkeiten hineinbringt. (Beifall Beifall f. i. n. t. s.)

### Hg. Ledebour (Soq.):

Ich lege Vermutung dagegen ein, daß das Stillschweigen des Reichstages Herrn Marinestab gleichbedeutend sei mit der Zustimmung zur Flottenpolitik der Regierung. Wir haben geschwiegen, weil wir die Frage gründlich in Anwesenheit des langentbehrten Reichsanstaltlers erörtert haben wollten. (Heiterkeit.) Wir verwarfen uns daher gegen die Worte Baffermann. (Zuruf Baffermann: Sie waren ja gar nicht gemeint!) Lesen Sie die Auslandspreß, da hat man auch uns mit einbezogen, und dagegen protestieren wir. Bei dem Aufsehen, das die Sache in England gemacht hat, muß sie auch gründlich erörtert werden. Wann löst man denn sonst darüber reden, wenn nicht beim Etat des einig verantwortlichen Beamten. (Beifall der Soq.) Man will nur demütigen, daß wieder einmal nichts geschieht soll. Gerade die zwar diplomatische aber nicht staatsmännische Ablehnung der englischen Anregung durch den Reichsanstaltler hat eine solche Panik in England hervorgerufen. (Lachen rechts.) Wenn Ihnen diese ernstlichen Dinge zum Schlüssel dienen, so ist das bezeichnend für Ihre Auffassung von der Wichtigkeit außer internationaler Beziehungen. Die Engländer sind sehr ernst gegen uns gekümmert und da laden Sie! (Abg. Dr. Arendt ruf: Wir laden doch über Sie und nicht über die Engländer!) Es entspricht nicht der Würde des Deutschen Reichstages, über eine solche Frage solche Witze zu machen, wie es Dr. Arendt getan hat.

### Vizepräsident Kempf:

Ein Mitglied dieses Hauses macht nie faule Witze. (Große Heiterkeit.)

### Hg. Ledebour (Soq.):

In diesem Augenblick wird im englischen Unterhaus ein Mißtrauensvotum der konservativen Opposition gegen die liberale Regierung beraten. (Zuruf rechts: Wird abgelehnt!) Gewiß, aber die Konservativen bereiten sich für die Wahlen vor, die die liberale Mehrheit hinwegjagen werden. Herr Arendt laßt über diese Dinge, aber sein Intimus Dr. Peters - zwar nicht gleich, sondern seinem Gleich, aber Geist von seinem Geist - hat im „Tag“ einen Krieg mit England für unermesslich erklärt. Wir sind entsetzt gegen das unflätige Betreiben, durch das dem Reiche das notwendige Geld für die Sozialisten und jenen wird. Mit der Stellung Deutschlands zu Österreich-Ungarn und mit im allgemeinen einseitigen. (Sprecher hört!) Allerdings ist Serbien sehr schuld, wenn die Differenzen mit Serbien eine so gefährliche Wendung genommen haben. Der Reichsanstaltler hätte nicht dem Jaren für die friedliche Beilegung der Krise danken sollen. Diesen Dank verdienen die jenseitigen Sozialdemokraten. (Große Gelächter.) Jansen sollte er auch den Japanern, die Rußland das Genid getroffen haben, und den russischen Sozialdemokraten, die gleichfalls dafür gelobt haben, daß in Rußland die Neigung zu einem auswärtigen Kriege nur gering ist (Gelächter), besonders aber den Herren Wandelstamm und Silberhahn. (Heiterkeit.) Wir wollen Frieden mit allen Völkern haben. Durch Fälschungen erreichen wir das aber nicht. Die Wähler selbst müssen sich näher treten. (Lachen rechts.) Sie, von der Rechten, verleben dann natürlich nichts, Ihnen fehlt jedes Verständnis für die Interessen des Volks. (Gelächter rechts, Beifall bei den Soq.)

### Hg. Cetrying zu Hohenzollern-Langenburg (Soq.):

Inser Politik zu Österreich hat sich hier wieder als ein Volkswort des Friedens bewährt. (Sehr Zustimmung.) Aus wirtschaftlichen Gründen können wir nur auf gute Beziehungen zur Türkei sehen. Es ist auch alles von der Regierung vermeiden worden, was die Gefahr hätte bringen können. Rußland ist durchaus nicht zu unterschätzen. Auch hier haben wir das allergrößte Interesse daran, mit dem Nachbarlande gute Beziehungen aufrecht zu erhalten. (Sehr richtig!) rechts. Das Marokkoabkommen begrüßen wir. Die Verhandlungen Frankreichs sind auch insoweit in der orientalischen Frage friedlich geendet. Wir wünschen ein normales Verhältnis zwischen den beiden großen Kulturstaaten Frankreich und Deutschland. Daß man uns kein Vertrauen entgegenbringt, kommt außer von dem wirtschaftlichen Wettbewerb daher, daß wir laut oftmals die Welt unterwirft haben, ohne böse Absichten zu haben. Uns ging es so wie manchen Menschen, die durch ein lermendes Wesen stiller ersehnen, als sie sind. Große Herosität ist eines so großen Reiches wie Deutschland nicht würdig. Vorhänge auf Abrüstung sollte man in scharfer Weise nicht zurückweisen, sondern sachlich prüfen. Nur Nebenwollen kann uns bei unserer Flottenrüstung aggressive Absichten unterbrechen. Unsere Stellung in der Welt beruht auf unserer inneren Kraft. Wir dürfen aber nicht die Deutschen im Auslande unterschätzen lassen, denn sie sind die Träger deutscher Kultur in der Welt, und eine härtere Unterfertigung der deutschen Schulen im Auslande ist notwendig. Der traurige Zustand unserer Reichsfinanzen bildet eine ernste Gefahr für unsere auswärtigen Beziehungen. Wir müssen die materiellen Fundamente unserer Staatskraft kräftigen. (Beifall Beifall.)



In der Haltung Österreich gegenüber ist richtig und erfolgreich gewesen. Wenn wir trenn von Österreich sehen, so sind wir allen Mächten der Welt gewachsen. Österreich sollte aber auch das deutsche Element in seiner Monarchie stärken. Für die Auslandsbeziehungen sollten unsere Geschäftsträger energisch eintreten. Auch die deutschen Schulen im Auslande müssen besser unterstützt werden.

### Reichskanzler fürst Bülow:

Von verschiedenen Seiten ist die Frage einer deutsch-englischen Verständigung über den Flottenbau angeregt worden. Ich habe darüber folgende Erklärung abgegeben: (Der Kanzler verliest sie): Wie im Auftrage des Reichskanzlers in der Kommissionsung vom 23. März erklärt worden ist, sind über die Frage einer deutsch-englischen Verständigung, über den Umfang und die Kosten der Flottenprogramme zwischen maßgebenden englischen und deutschen Persönlichkeiten zwar unerbittliche Gespräche geführt worden, niemals aber ist ein englischer Vorschlag gemacht worden, der als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, mit dem Bau der deutschen Flotte in Wettbewerb mit der britischen Seemacht zu treten. Durch den Inhalt des Flottengesetzes ist das unveränderbare Ziel der deutschen Flottenpolitik dahin festgelegt worden, daß wir unsere Flottenrüstungen lediglich zum Schutze unserer Küsten und unseres Handels schaffen wollen. Es ist auch eine unannehmbare Tatsache, daß das Programm unseres Flottenbaues in voller Offenheit klarliegt. Wir haben nichts zu verheimlichen und nichts zu verhehlen, und es ist nicht beabsichtigt, die Durchführung unseres Bauprogramms über die gesetzliche Frist hinaus zu beschleunigen. (Hört, hört!) Alle dem entgegenstehenden Gerüchte sind falsch. Wir werden frühestens im Herbst 1912 die gesetzlich bestimmten dreizehn neuen großen Schiffe, darunter drei Panzerkreuzer, vernehmungsreife haben. Admiral von Tirpitz wird darüber noch eine besondere Erklärung abgeben. Die allgemeine Stellung der verbündeten Regierungen zur Abrüstungsfrage wird von den Gesichtspunkten bestimmt, die der Reichstag am 30. April 1907 vor dem Zusammentritten der letzten Haager Konferenz und am 10. Dezember 1908 im Reichstag dargelegt hat. Es ist seitdem keine Formel bekannt geworden, die der großen Vereinfachtheit, der geographischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Lage der verschiedenen Völker gerecht würde und eine geeignete Verhandlungsbasis ermöglichte. Solange aber die brauchbare Grundlage fehlt, muß die kaiserliche Regierung an der Annahme festhalten, daß Verhandlungen über Einschränkung des Flottenbaues keinen wirklichen Erfolg versprechen, sei es, daß diese Verhandlungen zwischen zwei oder mehr Mächten geführt werden. (Sehr richtig!) Die verbündeten Regierungen nehmen für sich in Anspruch, daß ihr Standpunkt in der vorliegenden Frage von Würdigen der Humanität und des Friedens bestimmt ist, in voller Uebereinstimmung mit der seit Jahrzehnten bestehenden friedlichen Richtung der gesamten deutschen Politik. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir also auf unserem Standpunkt beharren, so ist das keine Betätigung einer unfeindlichen Gesinnung, zumal wir dabei von dem selbstverständlichen Rechte Gebrauch machen, über innere deutsche Verhältnisse mit dem Auslande nicht zu diskutieren. (Lebhafter Beifall.) Die kaiserliche Regierung wird es auch fernhalten als ihre Pflicht betrachten, eine friedliebende Politik zu vertreten, die dem Argwohn keinen Raum gibt. (Lebhafter Beifall.)

Der Reichskanzler führt im Anschluß an diese verlesene Erklärung fort: Ich habe das Bedürfnis, den Vertretern der bürgerlichen Parteien, die heute das Wort ergriffen haben, meinen Dank auszusprechen für die Unterstützung, die sie in den Fragen der auswärtigen Politik mir gewährt haben. Die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien ist für die verbündeten Regierungen und für die Leitung ihrer auswärtigen Politik gerade in einem so ernsten Augenblick, wie es der gegenwärtige ist, besonders wertvoll. Ich will nur auf einige wenige Punkte eingehen, die von den Herren Vertretern der bürgerlichen Parteien berührt worden sind. In unserer Haltung gegenüber Persien hat sich nichts geändert. Wir haben in Persien keine politischen Ziele, sondern verfolgen dort nur wirtschaftliche Aufgaben, deren Bedeutung ich allerdings ebenso wenig unterschätze, wie Graf Kanitz. Diese unsere wirtschaftlichen Aufgaben sind begründet worden durch den Handelsvertrag, den wir mit Persien abgeschlossen haben. Unserem Interesse mit Persien wird am besten gedient, wenn die Unabhängigkeit und Integrität von Persien und die Freiheit des Handels aufrechterhalten bleibt. Das englisch-russische Abkommen greift in beide nicht ein, enthält vielmehr die ausdrückliche Verpflichtung, die Integrität und Unabhängigkeit von Persien zu respektieren und für die offene Tür bei allen Mächten einzutreten. Ueberdies sind uns bis in die letzte Zeit aus Petersburg und aus London spontane Zusicherungen in derselben Richtung zugegangen. Wir hatten also keine Veranlassung, gegen das englisch-russische Abkommen Stellung zu nehmen; es entspricht vielmehr den allgemeinen Gesichtspunkten unserer Politik gegenüber Persien, daß wir uns in die dortigen inneren politischen Verhältnisse nicht einmischen. Wenn Rußland und England diesen Fragen ein besonderes Interesse zuwenden, so verkennen wir nicht, daß beide Mächte Interesse der territorialen Verhältnisse an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Persien in erster Linie interessieren sind. Wir haben also — und damit resümiere ich — keine Veranlassung, aus der Zurückhaltung hervorzutreten, die wir gegenüber den Vorgängen in Persien bisher eingenommen haben. Von mehreren Seiten ist dann in einzelnen Punkten an unserer Marokkopolitik Kritik geübt worden. Nachdem es einmal Streit gegeben hat, würde ich die Rechtfertigung unseres Verhaltens, die an und für sich vielleicht nicht so schwierig wäre, nicht durchführen können, ohne für die andere Seite vielleicht nicht gerade Angenehmes hervorzuheben. Den alten Janz aber wieder aufzurufen, würde für den ruhigen Gang unserer Politik nicht förderlich sein. (Sehr richtig!) Wenn wir die guten Beziehungen zu Frankreich pflegen wollen — und das wollen wir ja doch auf allen Seiten dieses Hauses (Sehr richtig!) — dann müssen wir vor allen Dingen die Rücksicht gelten lassen, die beide Regierungen, beide Völker nach einer schwierigen diplomati-

schon Auseinandersetzung aufeinander nehmen. Ich will deshalb nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, die einer Kritik unterworfen worden sind. Nur das eine will ich sagen: Es ist der Wunsch Seiner Majestät des Kaisers in Langer Erinnerung worden. Das war ein wohlwollender Schritt in dem Rahmen unserer damaligen politischen Aktion. Ich habe nichts von dem zurückzunehmen, was ich darüber, wenn ich nicht irre, im November und Dezember 1906 vor diesem hohen Hause gesagt habe, nämlich, daß ich diesen Wunsch empfunden habe, und daß ich diesen Wunsch mit meiner vollen politischen Verantwortlichkeit teile. Nun ist hier auch von einer Intonierung unserer Marokkopolitik gesprochen worden. In der Politik ist nichts von ewiger Dauer. Das Ziel: die Wolsfabrik, die Größe, die Macht des Vaterlandes — das bleibt dasselbe. Das muß mit harter Konsequenz im Auge behalten werden. Aber die Mittel und Wege wechseln, je nach der Opportunität; jeder Politiker muß dem Rechnung tragen, sonst ist er eben kein Politiker. (Eine einzelne Stimme rechts: Sehr wahr! — Große Heiterkeit.) Das kommt im Sinne nach ungefähr auf dasselbe hinaus, was der Urheber dieses Zwischenrufes, den wir eben gehört haben, wahrscheinlich andeuten wollte. Ein vereinigtes, sehr geistvolles Mitglied dieses hohen Hauses, der Abg. Ludwig Baumgärtner, der mit sehr wohlwollend gefassten Worten (Heiterkeit), sagte mir einmal auf einem Spaziergange, den wir zusammen im Tiergarten machten: Ich glaube —, das Geheimnis der auswärtigen Politik beruht eigentlich in einer gewissen klugen Intonierung. Die auswärtige Politik kann eben nicht nach einem von vornherein in allen einzelnen Punkten festgelegten Programme geführt werden, sondern sie ist die Kunst, mit den gegebenen Faktoren zu rechnen, und vor allem muß sie sich halten innerhalb des *ordo rerum agibilium*, das schon von dem heiligen Thomas von Aquino gesagt worden ist. (Große Heiterkeit.) Es ist dann das Telegramm erwähnt worden, das Seine Majestät der Kaiser — es war wohl im Januar 1896 — an den Präsidenten Krüger gerichtet hat.

Es ist gefragt worden, ob dieses Telegramm ein Akt persönlicher Initiative oder ein Staatsakt gewesen sei. In dieser Beziehung kann ich Sie auf Ihre eigenen Verhandlungen verweisen. Sie werden sich erinnern, daß die Verantwortung für dieses Telegramm von dem damaligen Leiter unserer politischen Geschäfte niemals abgelegt worden ist. Das Telegramm war ein Staatsakt, hervorgerufen aus amtlichen Beratungen. Es war in keiner Weise ein Akt persönlicher Initiative Seiner Majestät des Kaisers. Wer das behauptet, der kennt die Vorgänge nicht und tut Seiner Majestät dem Kaiser vollkommen unrecht.

Ich komme nun zu den Ausführungen des Abg. Ledebour. (Heiterkeit.) Ich bin dem Abg. Ledebour sehr dankbar dafür, daß er es so schmerzhaft empfindet, daß ich nicht an allen Beratungen dieses hohen Hauses teilnehmen kann und daß er sehr froh ist, wenn er mich hier wieder sieht. (Große Heiterkeit.) Im übrigen empfinde ich während seiner Ausführungen vor allem ein Gefühl, nämlich das Gefühl der Sehnsucht nach dem Abg. Bebel. (Sehr richtig!) Eine tiefe Kluft trennt die Weltanschauung des Herrn Abg. Bebel von meiner Weltanschauung. Es besteht zwischen dem Abg. Bebel und mir auf allen Gebieten der denkbar schärfste Gegensatz. Aber das muß ich doch sagen: der Abg. Bebel machte die Sache wirklich besser. (Allgemeine Zustimmung.) Auf die weitwichtigen Darlegungen des Abg. Ledebour über die Flottenvorlage werde ich nicht näher eingehen. (Hört, hört! — Beifall.) Ich habe eben gesagt, wie dankbar ich die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien anerkenne; ich glaube aber, daß ich den Wert dieser Zustimmung nicht steigern würde, wenn ich mich mit dem Abg. Ledebour auf eine große Streiterei einlasse. (Lebhafter Zustimmung.) Ich habe im allgemeinen nicht den Hang, unhöflich zu sein; aber die Höflichkeit muß aufhören, wo es auf klaren, festes Handeln ankommt. (Sehr wahr!) Der Abg. Ledebour hat gerade in seinen Ausführungen über die Flottenfrage so viel Leichtgläubigkeit an den Tag gelegt gegenüber ausländischen Presse-berichtungen, wie sie vor allem in der deutschfeindlichen Presse hervorgetreten sind, er hat so wenig Verständnis für vaterländische Gesichtspunkte gezeigt (Sehr wahr!), daß von ihm ein ruhiges und klares Urteil über diese ernste und große Frage nicht zu erwarten ist. (Sehr wahr!) Mit Phantasien, mit Dialektiken ohne jedes historische Verständnis (Sehr wahr!), mit dem revolutionären Drogen eines Altertumsverbesserers läßt sich keine praktische und nationale auswärtige Politik treiben. Und da nur eine solche für mich in Frage kommen kann, lehne ich es ab, über Fragen der Flottenverhandlung etwas anderes zu sagen, als was ich eben gesagt habe. Ich will nur eins hinzufügen, der Abg. Ledebour behauptet, daß nicht die Monarchen und nicht die Minister, sondern die Sozialdemokraten und speziell die russischen und serbischen Revolutionäre den Krieg verhindern hätten. (Heiterkeit.) Die Angriffe, die er bei anderen Gelegenheiten gegen die russische Regierung, gegen die amtliche russische Politik und gegen Seine Majestät den Kaiser Nikolaus gerichtet hat, weise ich zurück. Ich will aber noch eins sagen: Die Auffassung, als ob der Friede gefährdet werde durch die Souveräne oder durch die Minister, durch den Erbprinzen der Monarchen oder durch Ränke der Minister und Regierungen, entspricht nicht nur nicht der wirklichen Sachlage, sondern steht im vollen Gegensatz zu den tatsächlichen Verhältnissen. (Sehr richtig!) Die meisten Konflikte, die die Welt im Laufe der letzten Jahrzehnte gesehen hat, sind nicht hervorgerufen worden durch fürstliche Ambitionen oder durch ministerielle Intrigen, sondern durch leidenschaftliche Erregung der öffentlichen Meinung, die durch Presse und Parlament die Exekutive mit sich fortzieht. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn es wieder, was Gott verhüten möge, zum Kriege kommen soll, dann wird er hervorgerufen durch jene adäquaten Gewalttaten, die sich heute leichter entzünden als früher. Die Monarchen sind alle friedfertig, die Regierungen sind es auch, das sage ich für alle. Was die Diplomaten betrifft, so erfüllen sie ihre Aufgabe mehr und mehr darin, mit diplomatischen Herbeizuelen, wo irgendwo aus der Erde Feuerflammen aufsteigen.

Im übrigen verleihe ich nicht die Abnetzung des Herrn Ledebour gegen die Diplomaten. Er gebraucht das Wort „Diplomaten“ fast immer nur in jactantischem Sinne, sojuzalen mit Gängelrädchen. (Heiterkeit.) Nun, es hat doch auch recht tüchtige Diplomaten gegeben, und ich kenne sogar in der sozialdemokratischen Partei manden Herrn, der nicht ohne diplomatische Begabung ist. (Große Heiterkeit.) Von dem Abg. Ledebour kann ich das freilich nicht behaupten. (Heitere Zustimmung der bürgerlichen Parteien.) Aus dem, was ich eben gesagt habe, ersehen Sie, daß die Zeit der Kabinettskriege vorüber ist, und das ist ein Glück. Sie entnehmen aber daraus auch die Ueberzeugung, wie sehr jetzt alle diejenigen, die in irgend einem Grade Einfluß haben auf die öffentliche Meinung, und vor allem die Parlamente und ihre Mitglieder, wie sehr sie dazu beitragen sollen, die auf den Frieden gerichteten Bestrebungen der Regierungen vertrauensvoll zu unterstützen. Daß das von Seiten der Vertreter aller bürgerlichen Parteien hier geschehen ist, dafür spreche ich meinen Dank aus. (Lebhafter Beifall.) Staatssekretär v. Tirpitz legt dar, daß der Bau unserer Flotte durchaus nicht beschleunigt werde, wie im englischen Unterhause behauptet worden ist. Zwei Schiffe von den vier fälligen sind aus geschäftlichen Rücksichten früher vergeben worden. Das Flottengesetz werden auch innegehalten. Im Jahre 1912 werden wir 10 Dreadnoughts und 3 Incolinthes bauen. Der Reichskanzler verliest den Saal. Abg. Starckewitz (Vole) bespricht den Gegenstand zwischen Germanentum und Polentum, dem auch die alte traditionelle Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland zum Opfer gefallen ist. Ein Berichtigungsantrag wird angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Innere Politik. Weitere Sitzungen 6 1/2 Uhr.

recht tüchtige Diplomaten gegeben, und ich kenne sogar in der sozialdemokratischen Partei manden Herrn, der nicht ohne diplomatische Begabung ist. (Große Heiterkeit.) Von dem Abg. Ledebour kann ich das freilich nicht behaupten. (Heitere Zustimmung der bürgerlichen Parteien.) Aus dem, was ich eben gesagt habe, ersehen Sie, daß die Zeit der Kabinettskriege vorüber ist, und das ist ein Glück. Sie entnehmen aber daraus auch die Ueberzeugung, wie sehr jetzt alle diejenigen, die in irgend einem Grade Einfluß haben auf die öffentliche Meinung, und vor allem die Parlamente und ihre Mitglieder, wie sehr sie dazu beitragen sollen, die auf den Frieden gerichteten Bestrebungen der Regierungen vertrauensvoll zu unterstützen. Daß das von Seiten der Vertreter aller bürgerlichen Parteien hier geschehen ist, dafür spreche ich meinen Dank aus. (Lebhafter Beifall.) Staatssekretär v. Tirpitz legt dar, daß der Bau unserer Flotte durchaus nicht beschleunigt werde, wie im englischen Unterhause behauptet worden ist. Zwei Schiffe von den vier fälligen sind aus geschäftlichen Rücksichten früher vergeben worden. Das Flottengesetz werden auch innegehalten. Im Jahre 1912 werden wir 10 Dreadnoughts und 3 Incolinthes bauen. Der Reichskanzler verliest den Saal. Abg. Starckewitz (Vole) bespricht den Gegenstand zwischen Germanentum und Polentum, dem auch die alte traditionelle Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland zum Opfer gefallen ist. Ein Berichtigungsantrag wird angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Innere Politik. Weitere Sitzungen 6 1/2 Uhr.

Abg. Starckewitz (Vole) bespricht den Gegenstand zwischen Germanentum und Polentum, dem auch die alte traditionelle Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland zum Opfer gefallen ist. Ein Berichtigungsantrag wird angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Innere Politik. Weitere Sitzungen 6 1/2 Uhr.

### Ausland.

#### Serbien und kein Ende.

Nachdem endlich die Lage durch Rußlands veränderte Haltung und den Verzicht des serbischen Thronfolgers wenigstens gelöst ist, daß gebliebene Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und den Mächten gepflogen werden konnten, erscheinen am politischen Horizont neue Wolken in Gestalt einer drohenden inneren Krise in Serbien. Obgleich sowohl in Belgrad als auch in der Provinz augensichtlich noch Ruhe herrscht und alle Nachrichten über Volkslandungen, Offiziersverschwörungen und Proklamationen unbedrängend sind, glaubt man allgemein, daß sich sehr ernste Ereignisse vorbereiten. Die im Lande herrschende Unzufriedenheit mit König Peter, die überhaupt mit der Dynastie Karageorgewitsch in Verbindung mit der völligen Niederlage Serbiens in der Annexionfrage nur noch gelingener, und die Abhandlung des Kronprinzen Georg gab den letzten Rest. Man spricht schon heute in Belgrad offen von einem bevorstehenden

#### Verzicht der Dynastie Karageorgewitsch.

Belgrad, 29. März. Hier zurückförende Gerüchte über Verhandlungen, die zwischen König Peter und der Regierung über eventuelle Verzichtleistung der Dynastie Karageorgewitsch auf den serbischen Thron geführt werden, und zwar im Zusammenhang mit der Abhandlung des Prinzen Georg und den Mißverhältnissen Serbiens in der auswärtigen Politik. Diese Gerüchte finden um so mehr Glauben, als alle Abgeordneten aufgefordert wurden, Belgrad nicht zu verlassen, da wichtige Entscheidungen bevorstehen, und die Gerüchte aus von einigen Zeitungen bezeichnet werden. Zwonzo spricht in einer

#### Wir werden einen König wählen

überlieferten, fettgedruckten Notiz über die Dynastiefolge und schließt wie folgt: „Wer unfähig ist, soll gehen. Das Serbenvolk ist reif, sich allein zu regieren.“

#### Der österreichisch-serbische Konflikt

Kann, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, fast als abgetan gelten. Das Hauptbedenken an der endgültigen Verständigung zwischen den Mächten darf sich in erster Linie Deutschland infolge seiner ruhigen und entscheidenden Haltung ausdrücken; nicht minder aber gebührt der Staatsmacht des englischen Ministers Sir Edward Grey volle Anerkennung. Der englische Staatsmann hat es verstanden, für die Note an Serbien eine Form zu finden, die allen Beteiligten genehm sein dürfte. Aber den ungefähren Inhalt der Note erzählt die „Times“ aus Wien folgendes:

Die Note, die Serbien überreicht werden soll, wird nichts Demütigendes für Serbien enthalten. Was Serbien vor 14 Tagen noch demütigend erschien, ist es heute vielleicht nicht mehr. Serbiens Aktion gegen Italien auf normalen Fuß geleitet werden. Serbien verpflichtet sich, nicht bloß auf einer freundschaftlichen Politik gegen Österreich-Ungarn zurückzuführen, sondern darin zu beharren. Serbien erhebt keine Ansprüche bezüglich Bosniens und der Herzegovina. Zum Schluß heißt es: „Sollte Serbien sich unermutet erweilen zu erklären, die gewünschte Erklärung abzugeben, so werden die Mächte trotzdem an diesen Prinzipien festhalten, und Serbien wird isoliert sein.“ Diese Note wird von den Vertretern aller Signatarmächte in Belgrad vorgelegt. Es ist nicht beabsichtigt, daß Österreich noch eine Endnote an Serbien richtet, vielmehr scheidet die Mitteilung der Mächte das letzte Wort in der Balkanfrage.

#### Die Haltung Österreichs

ist — der Situation entsprechend — völlig abwartend. Immerhin zeigt die Regierung ein weites Einigenkommen, indem sie eine halbe Demobilisierung in Aussicht stellt. Hier wird berichtet: Wien, 29. März. Unter Aufrechterhaltung des für den Grenzschutz in Bosnien und der Herzegovina nötigen Truppenstandes wird der „N. Fr. Presse“ zufolge aus Rücksicht für die Familien der in der letzten Zeit Einberufenen und auf die Budgetbelastung der Armeeverwaltung in absehbarer Zeit mit der Rekrutierung von Reservisten begonnen werden. Diese Maßnahme kann nicht alle Truppen und alle Aufträge gleichzeitig treffen und darf auch schon wegen der Aufrechterhaltung des normalen Bahnbetriebes nur nach und nach durchgeführt werden.